

Herrn
Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Offener Brief: Gegen die nukleare Aufrüstung Europas und für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen

München, 25. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

dass Russland sein Nachbarland überfallen hat und seither immer wieder mit dem Einsatz von Atombomben droht, hat bei uns allen Entsetzen und Solidarität mit der Ukraine ausgelöst. Deshalb ist die (nukleare) Deeskalation, die Sie, Herr Bundeskanzler, seit dem russischen Überfall immer wieder in den Vordergrund Ihres politischen Handelns stellen, vollkommen richtig. Die Debatte um eine europäische Atombewaffnung verschärft den ohnehin schon schwer zu lösenden Konflikt. Eine europäische Atombewaffnung würde gegen den Atomwaffensperrvertrag aus dem Jahr 1968 verstoßen, der die Verbreitung von Atomwaffen verbietet und dem 191 Staaten beigetreten sind, darunter auch Deutschland. Sie würde das Ende der nuklearen Nichtverbreitung bedeuten und wäre ein Signal an alle Staaten bzw. Herrscher dieser Welt, die selbst in den Kreis der Atommächte aufsteigen wollen. Setzen Sie deshalb solch gefährlichen Erwägungen ein klares „Nein“ entgegen.

Auch wenn es angesichts der russischen Aggression schwerfällt, muss man auch heute den Weg für politische Lösungen und Verhandlungen mit Russland offenhalten. Nicht obwohl, sondern gerade weil die russische Drohung, Atomwaffen einzusetzen, als sehr real einzustufen ist, wie auch unsere amerikanischen Partner immer wieder bekräftigt haben. Wir müssen wegkommen von dem viel beworbenen Ansatz, dass der Ukraine-Krieg einzig militärisch und nur durch eine vollständige Niederlage Russlands positiv gelöst werden kann. Im Gegenteil: Die Gefahr, dass Russland Atomwaffen einsetzt, wird umso größer, je weniger auch Gesprächskanäle zur Risikominimierung und Konfliktbearbeitung genutzt werden.

Wir appellieren deshalb an Sie, alles in Ihren Möglichkeiten zu tun, um weiter zu einer nuklearen Deeskalation beizutragen. Noch im vergangenen Wahlkampf sprach US-Präsident Joe Biden davon, dass die USA sich dazu verpflichten würden, niemals zuerst Atomwaffen einzusetzen. Bitte sprechen Sie mit unseren Alliierten in den USA, aber auch in Frankreich und Großbritannien, eine solche Selbstverpflichtung abzugeben, die das nukleare Eskalationsrisiko begrenzt. Unter den fünf offiziellen Atommächten hat bisher nur China verkündet, auf einen nuklearen Erstschlag in jedem Fall zu verzichten. Es wäre ein Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt, wenn die westlichen Atommächte einen atomaren Erstschlag ebenfalls ausschließen und so innerhalb der Gruppe der UN- Sicherheitsratsmitglieder den Druck auf Russland erhöhen würden. Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine erscheint eine atomwaffenfreie Welt in weite Ferne gerückt. Wir möchten Sie dennoch daran erinnern, dass sich alle Regierungsparteien der Ampel in ihren Wahlprogrammen dazu bekannt und ihren Willen bekundet haben, Atomwaffen aus Deutschland langfristig abzuziehen. Wir erinnern Sie in diesem Zusammenhang auch daran, dass bereits im Jahr 2017 die Vollversammlung der Vereinten Nationen den Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet hat. 122 Staaten haben damals dafür gestimmt, 70 Staaten haben den Vertrag inzwischen ratifiziert – im Januar 2021 ist er in Kraft getreten. Deutschland und andere NATO-Staaten sollten diesen Vertrag ebenfalls unterstützen. Von Ihnen als Bundeskanzler erwarten wir:

- Treten Sie für eine atomwaffenfreie Welt ein und entziehen Sie damit dem revisionistisch agierenden Russland die argumentative Basis, die eigene Aggression mit einer angeblichen Bedrohung durch den Westen zu rechtfertigen.
- Fordern Sie unsere Partner in Großbritannien, Frankreich und den USA dazu auf, auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten.
- Sagen Sie „Nein“ zu einer europäischen Atombewaffnung und setzen Sie sich stattdessen für eine multilaterale nukleare Rüstungskontrolle und für nukleare Abrüstung ein.
- Setzen Sie sich für den Abzug aller in Deutschland stationierten Atomwaffen ein.
- Sorgen Sie dafür, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Eblenkamp
Vorstand ICAN Deutschland



Franz Moll
Vorsitzender Nuclear
Free Future Foundation



Annegret Krüger
Vorsitzende Frauennetzwerk
für Frieden



Dr. med. Lars Pohlmeier
Vorsitzender IPPNW



Dr. med. Angelika Claußen
Vorsitzende IPPNW



Simon Bödecker
Ohne Rüstung Leben